

M₇ Gesetzesänderungen – Interessen, Betroffene, Konsequenzen

| Gesetzesänderung | Interessensgruppe | Betroffene | Konsequenzen |
|--|-------------------|------------|--------------|
| Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wird wieder eingeführt | | | |
| Jugendschutzgesetze werden vereinheitlicht und in den Zuständigkeitsbereich des Bundes gegeben | | | |
| Die EU-Kommission plant eine verpflichtende Frauenquote von 40% in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen | | | |
| Per Verfassungsgesetz wird der Bundesrat aufgelöst | | | |
| Die niederösterreichische Landesregierung beschließt ein Umwidmungsverbot von Grün- in Bauland | | | |
| Eine EU-Richtlinie gestattet die Freigabe von gentechnisch veränderten Pflanzen | | | |
| Österreich führt ab 2016 die Gesamtschule für alle 10- bis 15-Jährigen ein und schafft damit die AHS-Unterstufe und auch den polytechnischen Lehrgang ab | | | |
| Im Strafrecht wird der Paragraph „Herabwürdigung religiöser Lehren“, auch bekannt unter Blaspheemie, gestrichen | | | |
| Österreich führt an den Universitäten und Hochschulen einen Numerus Clausus ein | | | |
| Die Asfinag erhält das Recht, auf Autobahnen Mautgebühren für PKW einzuführen | | | |
| Die Familienbeihilfe wird in Zukunft an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt | | | |
| Die Bundesregierung beschließt die Einführung von Studiengebühren | | | |
| Die Gemeinde Wien will zur flächendeckenden Einführung der 30er-Zone zuerst eine Volksbefragung durchführen | | | |
| Auch die Österreichischen Bundesbahnen sollen vollständig privatisiert werden | | | |
| Kerosin soll auch der Mineralölsteuer (MöST) unterliegen | | | |
| Per Bundesgesetz soll es zu einem flächendeckenden Grundeinkommen kommen | | | |

Arbeitsauftrag:

- ▶ Welche Interessensgruppen werden die Gesetzesänderungen begrüßen oder ablehnen?
- ▶ Welche Konsequenzen würden sie nach sich ziehen?
- ▶ Wer wäre am stärksten betroffen?